Stand: 16.12.2025 10:07:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10930

"Sogenanntes Umbrella Agreement zwischen der EU und den USA - hier: Zustimmung des Freistaates Bayern zur Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg vom 18. Februar 2016 (BR-Drs. 90/16)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10930 vom 13.04.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11863 des BU vom 12.05.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 14.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 13.04.2016 **Drucksache 17/10930**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Linus Förster, Florian Ritter, Susann Biedefeld, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Sogenanntes Umbrella Agreement zwischen der EU und den USA
hier: Zustimmung des Freistaates Bayern zur Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg vom 18. Februar 2016 (BR-Drs. 90/16)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat dem Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg vom 18. Februar 2016 (BR-Drs. 90/16) „Entschließung des Bundesrates zu dem geplanten Rahmenübereinkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Schutz personenbezogener Daten bei deren Übermittlung und Verarbeitung zum Zwecke der Strafverfolgung (sog. Umbrella Agreement)“ zuzustimmen.

Begründung:

1. Die seit Ende 2010 dauernden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen der EU und den USA über den Schutz personenbezogener Daten bei deren Übermittlung und Verarbeitung zum Zwecke der Strafverfolgung (sog. Umbrella Agreement) scheinen sich offenbar dem Ende zu nähern. Das Abkommen soll die datenschutzrechtlichen Anforderungen bestimmen, die sowohl die USA als auch die EU im Fall eines Datenaustauschs zwischen den zuständigen Behörden und einer Verarbeitung dieser Daten zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung oder Verfolgung von Straftaten, einschließlich des Terrorismus, nach Inkrafttreten des Abkommens einzuhalten haben werden. Das Abkommen selbst ermächtigt nicht zum Datentransfer, sondern ist als Rahmenübereinkunft geplant, die andere, zwischen den beiden Parteien bestehende Abkommen entsprechend ergänzen wird.
2. Nach Auffassung der Freien und Hansestadt Hamburg ist der verhandelte Text des sog. Umbrella Agreements, der am Rande einer Tagung am 8. September 2015 in Luxemburg von der Kommission und den USA paraphiert worden ist, im Hinblick auf die Bedeutung, die dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung bei der Übermittlung und Verarbeitung personenbezogener Daten für Strafverfolgungszwecke zukommt und die Sicherstellung, dass die in dem Rahmenabkommen enthaltenen Regelungen nicht hinter dem europäischen Datenschutzstandard zurückbleiben, nicht zufriedenstellend. In einer Bundesratsinitiative fordert die Freie und Hansestadt Hamburg den Bundesrat daher auf, sich an die für die Festlegung des Verhandlungsmandats geforderten Eckpunkte zu erinnern. Die vom Bundesrat am 26. November 2010 beschlossenen Forderungen seien in dem Abkommen bislang inhaltlich nicht hinreichend umgesetzt. Der nunmehr bekannt gewordene Abkommenstext gebe zudem Anlass für die Bitte um Beachtung weiterer Forderungen. Die bestehenden Bedenken würden auch nicht durch die Unterrichtung seitens der Bundesregierung vom 4. Januar 2016 (BR-Drs. 7/16) entkräftet.

   Im Einzelnen wird in der Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg der Bundesrat aufgefordert:

   „4. Der Bundesrat stellt fest, dass die in der Entschließung vom 26. November 2010 geforderten Eckpunkte bislang nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Er bittet die Bundesregierung weiterhin, darauf hinzuwirken, dass folgende Eckpunkte im Rahmenabkommen aufgenommen werden:

   4.1. Die Übermittlung personenbezogener Daten ist ausnahmslos auf die Zwecke der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zu begrenzen. Eine zu anderen Zwecken erfolgende Nutzung oder Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist auszuschließen.

   4.2. Die Übermittlung personenbezogener Daten ist insbesondere für solche Fälle auszuschließen, in denen das Risiko besteht, dass ihre Verwendung in einem Strafverfahren zur Verhängung der Todesstrafe führt.

4.3. Die Möglichkeit, das Abkommen unter Bezugnahme auf nationale Sicherheitsinteressen nicht anzuwenden, ist ebenso auszuschließen, wie eine Übermittlung von Daten an Drittstaaten.

5. Angesichts des nunmehr vorliegenden Abkommenstextes bittet der Bundesrat die Bundesregierung zudem darauf hinzuwirken, dass auch nachfolgende Eckpunkte beachtet werden:

5.1. Der im Abkommen vorgesehene Rahmen sollte eine grundsätzliche Beschränkung der Datenübermittlung auf den Einzelfall festlegen, soweit nicht in den jeweiligen Abkommen zur Datenübermittlung eine Konkretisierung von zu übermittelnden Datenpaketen vorgesehen wird, mit der eine Einhaltung europäischer Datenschutzstandards sichergestellt wird.

5.2. Die Rechte auf Zugang, Berichtigung sowie Löschung sind effektiv auszugestalten.

6. Der Bundesrat begrüßt die Bestrebungen der Europäischen Kommission, die Unterzeichnung sowie die Annahme des Abkommens davon abhängig zu machen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Rechtslage im Hinblick auf die gerichtlichen Rechtsschutzmöglichkeiten zunächst durch Annahme des Judicial Redress Act of 2015 ändern. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass die gerichtlichen Rechtsschutzmöglichkeiten völkerrechtlich verbindlich vereinbart werden.“

3. Über den Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg „Entschließung des Bundesrats zu dem geplanten Rahmenübereinkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Schutz personenbezogener Daten bei deren Übermittlung und Verarbeitung zum Zwecke der Strafverfolgung (sog. Umbrella Agreement)“ vom 18. Februar 2016 (BR-Drs. 90/16) wird der Bundesrat aller Voraussicht nach in seiner Sitzung am 22. April 2016 beschließen (vgl. TOP 6 auf dem Entwurf der Tagesordnung der 944. Sitzung des Bundesrats am 22. April 2016 *(Stand: 12. April 2016)*). Die Staatsregierung wird gebeten, diesem Entschließungsantrag im Bundesrat zuzustimmen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.05.2016 **Drucksache** 17/**11863**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**10930**

Sogenanntes Umbrella Agreement zwischen der EU und den USA hier: Zustimmung des Freistaates Bayern zur Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg vom 18. Februar 2016 (BR-Drs. 90/16)

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Linus Förster**
Mitberichterstatter: **Alex Dorow**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 40. Sitzung am 19. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 51. Sitzung am 12. Mai 2016 mitberaten und für erledigt erklärt.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 25 der Anlage zur Tagesordnung; dies ist der Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion betreffend "Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen" auf der Drucksache 17/11171. Der Antrag wird zusammen mit dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – das ist der Tagesordnungspunkt 9 – auf Drucksache 17/11041 aufgerufen.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, darf ich bekannt geben, dass zum Antrag unter Tagesordnungspunkt 4 vonseiten der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, darf ich als Ehrengäste auf unserer Besuchertribüne sehr herzlichden Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Herrn Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, und die Vizepräsidentin, Frau Susanne Frank, begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso herzlich darf ich den Regierungspräsidenten von Oberbayern, Herrn Christoph Hillenbrand, begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über zwei Europaangelegenheiten sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Öffentliche Konsultation: "Bekämpfung der Schleuserkriminalität: Erfüllt das EU-Recht seinen Zweck?"
12.01.2016 - 06.04.2016
Drs. 17/9736, 17/11851 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Eine Luftfahrtstrategie für Europa
COM (2015) 598 final
BR-Drs. 26/16
Drs. 17/10911, 17/11867 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Handbuch ehrenamtliche Flüchtlingshilfe entwickeln!
Drs. 17/9389, 17/11746 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aktualisierter TTIP-Bericht
Drs. 17/10021, 17/11865 (E)[X]

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie der Abstimmung zugrunde zu legen.

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schulpsychologie stärken − Bestehende und aktuelle Herausforderungen erfordern Unterstützung und Flexibilität
Drs. 17/10194, 17/11857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Verlässliche Grundlage für kommunale Infrastruktur − 2019 auslaufende Entflechtungsmittel durch ähnliche Neuregelung seitens des Bundes ersetzen
Drs. 17/10338, 17/11868 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Entscheidungsverfahren über die Skischaukel am Riedberger Horn: Endlich Klarheit über das Handeln der Staatsregierung!
Drs. 17/10571, 17/11869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Mahnungen der Bauwirtschaft ernst nehmen − Wohnungsnot bekämpfen!
Drs. 17/10750, 17/11870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. und Fraktion (SPD)
Zweite Stammstrecke: Endlich Klarheit und Transparenz statt heißer Luft!
Drs. 17/10754, 17/11871 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

10. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Humanitäre Nothilfe für Idomeni
Drs. 17/10760, 17/11864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Einstellung des Deutschlandstipendiums
Drs. 17/10762, 17/11860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Flächendeckende Innovationsförderung für ganz Bayern sicherstellen
Drs. 17/10858, 17/11859 (E)[X]

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie der Abstimmung zugrunde zu legen.

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften: Personal und Qualifikation
Drs. 17/10859, 17/11640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Private Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften: Auftragsvergabe
Drs. 17/10861, 17/11639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein verpflichtender Sachkundenachweis für Tierhalter − Bestehenden hohen Ausbildungsstandard wertschätzen
Drs. 17/10863, 17/11841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Linus Förster u.a. und Fraktion (SPD)
Sogenanntes Umbrella Agreement zwischen der EU und den USA
hier: Zustimmung des Freistaates Bayern zur Bundesratsinitiative der Freien und Hansestadt Hamburg vom 18. Februar 2016
(BR-Drs. 90/16)
Drs. 17/10930, 17/11863 (A) [X]

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen der Abstimmung zugrunde zu legen.

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

17. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Zugang zum einsemestrigen Studiengang Hauswirtschaft der Landwirtschaftsschulen für Migranten schaffen
Drs. 17/10934, 17/11842 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erste Hilfe stärken: Leben retten!
Drs. 17/10993, 17/11642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Endoprothesenregister
Drs. 17/11004, 17/11853 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Erwin Huber u.a. CSU
Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) am neuen Wissenschaftspaket beteiligen!
Drs. 17/11009, 17/11858 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Tierhalter schützen − Keine überzogenen Minderungsziele bei Ammoniak
Drs. 17/11044, 17/11843 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fortgang der Einrichtung eines "Pflegerings"
Drs. 17/11066, 17/11854 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Flexibilisierung und Anpassung der Maschenweiten für die Bodenseefischer
Drs. 17/11084, 17/11844 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Angelika Schorer u.a. CSU
Keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen für bayerische Landwirte
Drs. 17/11085, 17/11845 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	A

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Michael Brückner u.a. CSU
Keine Relativierung des Vorsorgeprinzips durch Freihandelsabkommen
Drs. 17/11171, 17/11861 (E)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl u.a. CSU
BAYERN hilft!
Drs. 17/11351, 17/11641 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z